

Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich nachmittags um 4 Uhr. Preis monatlich 2 RM. frei Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. Zusätzl. Beleggeld. Einzelnummer 10 Pf. Alle Postbestellungen, Postbezug, unsere Kundträger u. Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle besonderer Gewalt oder sonstiger Unmöglichkeit der Lieferung überläßt man sich keine Mühe. — Bei Kontostand und



ausgegebenen Preis laut auflagegesetzliche Nr. 8. — Drukker-Gebühr: 20 Hfl. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt des Finanzamts Rößten sowie des Forstrentamts Tharandt.

amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt des Finanzamts Rößten sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 160 — 97. Jahrgang Trajanschrift: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 12. Juli 1938

Die Kunst hält uns den Spiegel vor

Das kulturelle Schaffen eines Volkes kann nur das Spiegelbild seiner inneren Werte sein.
Adolf Hitler.

Dieses Wort des Führers aus seiner großen Rede bei der Eröffnung der zweiten Großen Deutschen Kunstausstellung in München stellt klar die innere Verbundenheit der Kunst mit der geistigen Haltung eines Volkes und einer Zeitperiode heraus. Nur große Zeiten haben große Kunstwerke geschaffen. So ist das Kunstschaffen Maßstab einer Zeit und ihrer Menschen.

Wem? Die liegen gerade bei uns so greifbar nahe. Wachen wir unser Gedächtnis um etwas mehr als ein halbes Jahrhundert nur zurück, und wir werden die Wahrheit des Führerwortes erkennen. Eine jämmerliche Zeit, diese Jahre des Systems, des sogenannten Liberalismus. So klein wie das Denken und Trachten der Menschen damals war, so verflümmert und fad war das Kunstschaffen jener Epoche. In der ungeunden und vergifteten Atmosphäre der marxistisch-liberalistischen Zeit konnte keine reine und gesunde Kunst gedeihen. Es machte sich dann in diesen Jahren ein Pseudofunktivismus breit, gehandhabt von Jämmerlingen, Arztfremden und Kranken Geirnen. Die Samtstanz führte ein eigenes Leben, die Bräde zum Volk war abgebrochen. Snobisten gaben die Kunstmeinung ab. Das Volk stand abseits. Den Künstlern trennte eine Kluft vom Menschen des Alltags. In dem Dadaismus, Kubismus, Surrealismus oder wie die „Jsmus-Kunst“ jener Epoche hieß, hat sich eine kraftlose und morke Zeit ihr Denkmal gesetzt.

Dann kam der Januar 1933. Das Volk stand auf. Die gesunden Kräfte machten sich frei. Das Wort der Freiheit, und ein neuer deutscher Mensch begann ein neues deutsches Zeitalter. Eine frische, reine Luft wehte durch die Stätten des deutschen Kunstschaffens und verdrängte die Giftschwaben, die dort vernichtend und abtötend lagerten. Das Edle, das Schöne, das Gute und Kraftvolle setzte sich durch. Eine Kämpfergeneration nahm die Geschichte des Volkes in die Hand. Kämpfergeist stand auf gegen den Krämergeist des Liberalismus.

Und wieder zeigte sich, daß die Kunst das Spiegelbild der inneren Werte ist. An Stelle der „Jsmus-Kunst“ trat die Rückbesinnung auf die großen Kräfte deutscher Kultur. Es drängten die gesunden Kräfte zum Licht, die bis dahin gewaltsam niedergehalten waren. Die Kunst wurde sich ihrer Aufgabe wieder bewußt, die darin liegt, das Schöne, das Edle zu gestalten. Sie hat die Aufgabe, die Tugenden zu wecken und nicht die Laster zu verherrlichen. Sie muß den Geschmack eines Volkes bereichern, nicht aber ihn unsicher und gemein machen.“ So hat Dr. Goebbels die Aufgaben des Kunstschaffens in seiner Rede auf der Jahrestagung der Reichskammer der Bildenden Künste dieser Tage umrissen. Und der Führer stellte die gleichen Forderungen in seiner Rede, wenn er sagte: „Kraft und Schönheit sind die Fanfaren dieses Zeitalters. Klarheit und Logik beherrschen das Streben.“

Der Nationalsozialismus, der einen neuen deutschen Menschen schuf, formt auch einen neuen deutschen Künstler. Er erfüllt ihn mit seinem Geist und fordert von ihm, daß er dem Edlen, Guten, Reinen und Kraftvollen Ausdruck verleiht. Der Künstler unserer Zeit ist nicht mehr eine private Persönlichkeit, Funktionsträger irgendeines Berufes oder einer Berufung“, wie es kürzlich ein nationalsozialistisches Kampfbild ausdrückte, sondern ist Gestalter der Idee, aus der die neue Zeit emporsproßt.

Die Welt schimpft uns Nationalsozialisten Kulturbarbaren, so sagte Dr. Goebbels an anderer Stelle, und sie behauptet, daß die Kunst im nationalsozialistischen Deutschland zerfallen und zerstört werde. Den Beweis für diese Behauptungen bringen diese demokratischen Heilsveränderer nicht. Aber, da sie voll Neid auf das neue Deutschland schauen, ohne selbst die Kraft zu haben, es uns nachzumachen, so ziehen sie alles, in dem sich der Wandel der Zeit sichtbar ausdrückt, in den Schmutz. Wägen sie sich ruhig der „Kunst“ annehmen, die heute bei uns keinen Platz mehr hat. Mag die „Jsmus-Kunst“ bei den anderen blühen und von ihnen gebüet werden, wir beneiden sie nicht darum, daß sie die Pestbazillen nähren, die wir bei der deutschen Wiedergeburt ausgesprochen haben. So kann es uns auch nicht beirren, wenn heute in England eine Ausstellung gezeigt wird, in der alles das zur Schau gestellt ist, was wir ausgesondert haben. Denn diese Nachwerke sprechen so sehr jedem guten Geschmack und jedem gesunden Kunstempfinden hohn, daß sie höchstens für die gesunden Kräfte des neuen Deutschlands Zeugnis ablegen.

Wir haben uns von den Vertretern der Unkultur befreit und sind stolz darauf, den Boden wieder für wahre, vollstän-dige und volksbewußte Kunst bereitet zu haben. Der nationalsozialistische Staat aber, der in Politik und Wirtschaft lenkend und zielweisend führt, wird auch dafür Sorge tragen, daß das deutsche Kunstschaffen ein Spiegelbild der gesunden und starken inneren Werte unseres Geschlechtes ist.

Lies Deine Heimatzeitung

Bergewaltigung der Volksgruppen?

Prager Winkeltzüge gegen das Nationalitätenstatut

Nachdem die Prager Regierung bisher nach außen hin immer so getan hat, als ob sie das Nationalitätenstatut im Einvernehmen mit den Volksgruppen durchzuführen bemüht ist, und jede Besprechung mit Vertretern der Subetendendischen, der ungarischen, der polnischen oder der slowakischen Volksgruppen mit betontem Optimismus begleitet, hat es jetzt plötzlich den Anschein, als habe sich die Prager Politik geändert. Die tschechische Presse versucht, die Sache so darzustellen, als läme es bei Durchführung des Nationalitätenstatuts lediglich auf die Einigung aller tschechischen Parteien an.

So stellt die linksgerichtete „Česko Slovo“, ein Blatt, das gute Beziehungen zu Prager Regierungskreisen unterhält, die geradezu widersinnige Behauptung auf, daß die Forderungen der Subetendendischen Partei, die doch gerade der Herleitung einer wahren Demokratie dienen sollen, gegen die demokratische Ordnung gerichtet seien. In dieser Frage müße, so sagt „Česko Slovo“ weiter, die Koalition ihre Meinung ganz unverzüglich zum Ausdruck bringen. Ein Kompromiß sei unmöglich. — Die tschechische Nationalpartei „Narodni Politika“ meint, die Regierungsmehrheit gehe in das Endstadium der Verhandlungen mit dem einmütigen Willen, „nichts zuzulassen, was die unantastbaren Staatsinteressen gefährden könnte“. — Der rechtsgerichtete „Narodni Listy“ vertritt sich zu der Auffassung, daß die Erfüllung der Forderungen der Subetendendischen Partei in der Praxis bedeuten würde, daß „ein Staat im Staate gebildet werden würde“. Die Forderungen der Slowaken, Polen und Karpatenrainer seien „nicht beschneider“ als die der Subetendendischen Partei. Wegen dieser Fragen könnten sich die Verhandlungen mit den Minderheiten erschlagen.

Die linksgerichtete „Lidove Roviny“, deren gute Beziehungen zum Prager Außenministerium bekannt sind, will einige Änderungen über den Inhalt des Nationalitätenstatuts machen können und schreibt, die Regelung der Nationalitätenfrage müsse formal drei Gruppen: 1. das Sprachengesetz als Verfassungsgele; 2. das Nationalitätenstatut; 3. die Änderung der Organisation der öffentlichen Verwaltung. Der wichtigste Teil, so behauptet das Blatt, sei das Eindringen des Grundgesetzes des nationalen Verhältnisses in die öffentlichen Dienste, in die Selbstverwaltung der Gebiete und Interessen des Schulwesens und der Kultur, der öffentlichen sozialen Fürsorge und des öffentlichen Subventionswesens.

Wie verlautet, soll um den 20. Juli herum das Prager Parlament zusammentreten, um sich dann mit dem Nationalitätenstatut zu befassen. Die Verhandlungen sollen dann etwa am 15. August abgeschlossen sein. Das setzt allerdings voraus, daß die tschechischen Parteien sich einigen und die Regierung damit über die notwendige Dreifünftelmehrheit zur verfassungsmäßigen Annahme der Gesetze verfügt.

Die Regierungskoalition verfügt gegenwärtig über 161 Stimmen ohne die nationale Vereinigung. Zur Annahme des Sprachengesetzes müssen aber mindestens 181 Stimmen dafür abgegeben werden. In dieser Mehrheit wäre allerdings die Zustimmung der Kommunisten und der äußersten Rechten notwendig, in diesem Falle könnte die Prager Regierung formal auf die Zustimmung der Volksgruppen verzichten.

Kominterneinflüsse verschärfen die Lage

Die polnische Zeitung „Gazeta Polska“ erklärt in einer halbamtlichen Meldung, tschechischerseits könne nicht geleugnet werden, daß die Ursache aller Schwierigkeiten die Lage der nationalen Volksgruppen ist. Die Prager Regierung müße wirkliche Zugeständnisse machen, so unpopulär sie in tschechischen Kreisen auch seien. Wenn diese Zugeständnisse zu keiner dauernden Beruhigung führten, dann solle auf Prag die Verantwortung für die weitere Entwicklung der Ereignisse. Man könne jedoch vermuten, daß die Tschecho-Slowakei größere Zugeständnisse nicht machen und bestrebt sein werde, halbe Lösungen zu finden. Aber nur ein Umbau des Staates gemäß den Forderungen der Nationalitäten wäre imstande, den Volksgruppen Rechtsgleichheit zu garantieren, ihre nationale Existenz und ihren Bestand zu sichern, was natürlich praktisch der Einführung einer föderativen Verfassung gleichkomme.

Man müße pessimistisch sein, wenn man berücksichtige, daß das Problem der Subetendendischen auch einen außenpolitischen Aspekt habe und daß es Faktoren gebe wie die tschechische Vörokratie und verschiedene tschechische chauvinistische Verbände in den Grenzgebieten, die in ihren Maßnahmen unberechenbar seien. Hinzu kämen die weitgehenden Einflüsse der Komintern, die eine beträchtliche Rolle in der tschechischen Politik spiele und ein entscheidender Gegner jeder Entspannung und jeder Beruhigung sei.

„Es muß Ordnung herrschen“

Schikane gegen die Subetendendischen nehmen kein Ende

In den letzten Tagen wurden in der Gemeinde Sobrusan bei Dux insgesamt fünf Personen vom tschechischen Gendarmeriewachmeister wegen des Deutschen Grußes zur Anzeige gebracht. Auf eine Beschwerde hin erklärte dieser, daß in Dux und Tepitz so geprügelt werden könne, aber in Sobrusan sei der Deutsche Gruß verboten, und dort müsse „Ordnung herrschen“.

Auch ein deutscher Lehrer wurde wegen des Deutschen Grußes vorgeladen. Als er den Wachmeister ersuchte, ihn zu beschäftigen, daß der Deutsche Gruß verboten sei, weigerte sich dieser und sagte, daß nur seine Meinung maßgebend sei. Bei der staatlichen Polizeibehörde in Dux erhielt der Lehrer die Bestätigung, daß der Deutsche Gruß erlaubt sei. Nichtsdestoweniger wurde der deutsche Lehrer mit einer Geldstrafe von 100 Kc. von der Duxer staatlichen Polizeibehörde belegt.

Sozialpolitische Forderungen der SDP.

In Rücksprachen beim Sozialministerium, beim Gesundheitsministerium und in der Zentralsozialversicherungsanstalt machten die SDP-Vertreter Knorre und Landesausführungsleiter Dr. Preißsch eine Reihe von sozialpolitischen Forderungen geltend, die im Interesse der Subetendendischen als vordringlich anzusehen sind.

Zum Beispiel wurde die Erhöhung der Subventionen für die Kinderhügarbeit in Mädchen-Asilen im gleichen Maße wie für die übrigen Landesstellen gefordert. Auch die Vorkurs- und Spezifikation für den Herbst 1938, die Arbeitslagerbewegung, die Mafarnt-Schule für Pflegerinnen in Prag sowie die Unterstützung für die Jugendfürsorge waren Gegenstand der Besprechungen. Sozialminister Ingenieur Keras, Gesundheitsminister Dr. Jezek und der Vertreter der Zentralsozialversicherungsanstalt nahmen die Wünsche der Subetendendischen entgegen und „sicherten eine Prüfung und zum Teil auch die Erfüllung der Forderungen zu“.

Arbeitslosenziffer der Ostmark halbiert

Im Juni wieder 6000 Arbeitslose weniger!

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, den der Nationalsozialismus nach der Machtübernahme in der Ostmark als eine seiner vordringlichsten Aufgaben mit aller Energie aufnahm, hat im Juni zu weiteren großen Erfolgen geführt. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern in der Ostmark gemeldeten Arbeitslosen ist, wie die Zweiteilung des Reichsanhalts für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mitteilt, im Laufe des Monats Juni um mehr als 76 000 oder 21,7 Prozent zurückgegangen. Während am 31. Mai 1938 noch 350 228 Arbeitslose in der Arbeitslosenversicherung und bei Notstandshilfen gemeldet waren, wurden am 30. Juni 1938 nur noch 274 627 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern gezählt. Seit dem Umbruch waren in der Ostmark rund 600 000 Arbeitslose tatsächlich vorhanden — ist die Arbeitslosigkeit in der Ostmark damit bereits um mehr als die Hälfte vermindert worden. Die größten absoluten Rückgänge der Arbeitslosigkeit wurden in den Bezirken der Landesarbeitsämter Wien (Stadt und Umgebung) mit 36 268, Graz mit 10 375 und Linz mit 7852 erzielt. Auch die Sonderaktion für die verdienten Kämpfer der Bewegung führte bereits zu beachtlichen Erfolgen: Bisher konnten über 9400 wieder in Lohn und Brot gebracht werden.

Arbeitslosenzahl um 50 v. H. niedriger

Der Erfolg von 3 1/2 Monaten in der Steiermark
Zus einem Bericht der Geschäftsstelle des Landesarbeitsamtes Graz geht hervor, daß in den dreieinhalb Monaten seit der Machtübernahme des Nationalsozialismus die Zahl der Arbeitslosen in der Steiermark um die Hälfte gesunken ist. Mitte März waren in der Steiermark ohne das südliche Burgenland 57 512 Arbeitslose vorhanden. Wenn demgegenüber die Zahlung vom 30. Juni 1938 nur noch einen Stand von 28 348 Arbeitslosen aufweist, so bedeutet dies einen Rückgang um über 50 v. H. An diesem Rückgang hat die Obersteiermark den härtesten Anteil, wo zum Beispiel im Arbeitsamtsbezirk Eisenberg nur noch 73 Arbeitslose vorhanden sind. In Brud ist die Arbeitslosigkeit um 77,5 v. H., in Leoben um 73 v. H., in Liezen um 67,2 v. H. und in Judenburg um 61,3 v. H. zurückgegangen.